



Open Access Repository

www.ssoar.info

Themenschwerpunkte einer Wissenschaftlerlaufbahn

Pappi, Franz Urban

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U. (2015). Themenschwerpunkte einer Wissenschaftlerlaufbahn. *Historical Social Research, Supplement*, 27, 7-26. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.27.2015.7-26>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>


Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444300>

Themenschwerpunkte einer Wissenschaftlerlaufbahn

*Franz Urban Pappi**

Abstract: »Dominant Research Topics of a Social Scientist's Career«. In the introduction to this HSR Supplement, Franz Urban Pappi recounts the development of his career as a social scientist, following how his academic interests have changed over time. Pappi then discusses why he has chosen social cleavages as the overreaching theme of this HSR Supplement, and follows with a discussion of his other research and publication themes, including topics of: local elites, social networks, and spatial models of party competition.

Keywords: Autobiography, career path, research, publication, social cleavages, local elites, social networks, spatial model, party competition.

1. Einleitung

Ein Angebot zur Neuveröffentlichung eigener Aufsätze zu erhalten überrascht, erfreut und bringt in Verlegenheit. Es überrascht, weil man sich nicht als Klassiker sieht, den zu lesen sich heute noch lohnte. Es erfreut ob der Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Und es bringt in Verlegenheit, weil man ein Thema für die Aufsatzsammlung sucht, das jenseits der eigenen Person auf allgemeines Interesse stoßen könnte.

Ich werde die Themenwahl in Abschnitt 3 erläutern. Damit man sie besser nachvollziehen kann, beginne ich in Abschnitt 2 mit einer autobiographischen Skizze. Und da die politisierte Sozialstruktur nur ein Thema unter mehreren war, zu denen ich Publikationen beisteuerte, folgt auf Abschnitt 3 ein Kapitel über lokale Eliten und soziale Netzwerke (4) und eines räumliche Modelle des Parteienwettbewerbs (5).

2. Autobiographische Skizze

Am Sonntag, den 14. August 1949, fand die erste Bundestagswahl statt. Drei Wochen später begann in Bayern das neue Schuljahr, für mich in der Sexta eines humanistischen Gymnasiums, „Oberschule im Abbau“, wie es auf dessen

* Franz Urban Pappi, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim, A 5,6 (Gebäudeteil A), 68131 Mannheim, Germany; Franz.Pappi@mzes.uni-mannheim.de.

Stempel hieß. Am 7. Oktober wurde die DDR gegründet. Wir nahmen in Geographie gerade das Thüringer Becken durch und fragten, ob dieser Stoff jetzt entfallt. Die Lehrer hatten für solche Fragen kein Verständnis, genauso wenig wie später, als wir uns gegen die Wiedereinführung des 9-jährigen Gymnasiums wandten. 8 Jahre schienen uns mehr als genug und unsere Vorgänger seien deshalb auch keine schlechteren Ärzte, Juristen oder Naturwissenschaftler geworden. Es half nichts und deshalb begann ich mein Studium mit 19 und nicht mit 18 Jahren. Volljährig wurde man damals erst mit 21, und dass nicht-volljährige Studenten ein Problem darstellen sollen, habe ich erst bei der Rückführung der 9 auf 8 Gymnasialjahre im neuen Jahrtausend gelernt.

In vielen Studienfächern hatte es noch in den frühen 1950er Jahren Zulassungsbeschränkungen gegeben. Als ich mich Ende Oktober 1958 im zweiten Stock der Alten Universität Heidelberg immatrikulierte, gab es in keinem Fach mehr einen Numerus clausus. Ich wählte Jura, obwohl mich Soziologie mehr interessiert hätte. Schließlich war ich nach Heidelberg gegangen, weil Alfred Webers „Einführung in die Soziologie“ (München 1955) früh mein Interesse an diesem Fach geweckt hatte. Aber wer entscheidet sich schon im ersten Semester für einen Promotionsstudiengang und das noch dazu, wenn der Nestor ein halbes Jahr vorher gestorben ist. Magisterstudiengänge gab es damals noch nicht.

Meine sozialwissenschaftlichen Interessen waren einem Jura-Studium mit dem Ziel, nach sieben Semestern (in Mainz damals nach sechs) das erste Staatsexamen zu machen, nicht förderlich. Statt schnell den kleinen BGB-Schein zu machen, investierte ich die meiste Zeit in Allgemeine Staatslehre, Verfassungsgeschichte, Staatsrecht und Rechtsphilosophie. Davon zeugen zwei Bücher, die ich damals gekauft und nicht wieder verkauft habe, wie einige andere juristische Werke. Das ist einmal „Die Vorschule der Rechtsphilosophie“ von Gustav Radbruch (Heidelberg 1948, mit US Lizenz gedruckt) und zum anderen die „Verfassungslehre“ von Carl Schmitt (München und Leipzig 1928, unveränderter Nachdruck von 1957). Die Radbruch'sche Formel zur Lösung von Widersprüchen zwischen positivem Recht und materieller Gerechtigkeit behandelten wir in einem Tutorium unter Leitung von Hans Boldt am Collegium Academicum, dem Studentenwohnheim CA in der Seminarstraße 1. Carl Schmitt wurde mir in den Vorlesungen von Ernst Forsthoff nahe gebracht; Forsthoff arbeitete damals an seinem Aufsatz „Die Umbildung des Verfassungsgesetzes“ für die „Festschrift für Carl Schmitt“ (Barion et al. 1959). Die weite Auslegung des Verfassungsgesetzes im Hinblick auf bestimmte Wertesysteme bedeute die „Gefahr einer Abdankung der juristischen Methode“ (41) und gerade wegen dieser erweiterten Interpretationsregeln den Gang in den „Justizstaat“. Als ich diesen Aufsatz jetzt wieder las, wurde mir klar, woher meine Skepsis gegenüber der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stammt.

Während meiner zwei Semester in Heidelberg wohnte ich im CA. Als „Kollegienhaus“ 1945 gegründet war man demokratischen Grundsätzen verpflichtet und stand den traditionellen studentischen Corps und Burschenschaften ableh-

nend gegenüber. Wir suchten Kontakte zu Studenten in der DDR, nach Leipzig zu Ernst Bloch und konnten im März 1959 eine Exkursion nach Berlin mit Einladung der FDJ an die Humboldt-Universität, in die Sowjetische Botschaft und zum Besuch in Potsdam durchführen. Wir wohnten in Westberlin, die Mauer stand noch nicht, aber nach Potsdam musste unser Bus über Ostberlin fahren. Mir fiel auf, dass zwischen der Hauptstadt der DDR und der DDR eine Grenze existierte, die von sowjetischen Soldaten bewacht wurde. Ein Besuch der Freien Universität motivierte mich, mich für das Wintersemester 1959/60 um einen Platz im Studenten-Austauschprogramm Bundesrepublik-Berlin zu bewerben, den ich auch bekam.

Im Unterschied zu Heidelberg war an der FU die Einrichtung eigener sozialwissenschaftlicher Diplomstudiengänge (Soziologie, Politikwissenschaft) schon weiter fortgeschritten. Ich entschied mich aber erst im Sommersemester 1960 an der Universität München zum Wechsel von Jura in die Sozialwissenschaften (Soziologie, Psychologie, Geschichte), was nur im Rahmen eines Promotionsstudiengangs an der philosophischen Fakultät möglich war. Da in München die Lehrstühle für Soziologie und Politikwissenschaft zur Staatswirtschaftlichen Fakultät gehörten, war die Kombination beider Fächer in einem Studiengang der philosophischen Fakultät untersagt. Dafür hatte ich das große Latinum, das Zulassungsvoraussetzung war, und das mir die Option einräumte, meine Dissertation auf Latein einzureichen. Ich machte davon keinen Gebrauch.

Das sozialwissenschaftliche Veranstaltungsangebot war an der Freien Universität viel größer als in München mit gerade einmal einem soziologischen und einem politikwissenschaftlichen Lehrstuhl. Warum also wechseln? Der unmittelbare Anlass waren familiäre Gründe. Was sich im Nachhinein als vorteilhaft herausstellte: Die Soziologie in München war nicht so ausgesprochen deutsch ausgerichtet wie in Berlin, wo noch viele Professoren an die wissenschaftlichen Kontroversen der Weimarer Republik anknüpften, sei es als Remigranten oder als kontinuierlich in Deutschland weiter Lehrende. In München unterrichteten nur Professoren und Assistenten mit ausgezeichneter Kenntnis der amerikanischen Soziologie. Emerich Francis war 1958 von der University of Notre Dame (Southbend, Indiana) nach München berufen worden und baute mit seinen Assistenten M. Rainer Lepsius und Heiner Treinen den soziologischen Studiengang auf. Aus der Donaumonarchie stammend hat sich Francis mit Nation, Nationalitäten, ethnischen Gruppen, Migration und Integration in die Gastgesellschaft beschäftigt. Viele Erfahrungen, die wir heute mit der zweiten und dritten Generation türkischer Einwanderer in Deutschland machen, sind mir vertraut aus der Lektüre amerikanischer soziologischer Studien, die wir als Studenten im München der früher 1960er Jahre lasen. Mehr ins Zentrum der amerikanischen Soziologie zielten die Literaturempfehlungen der Assistenten. Im März 1960 erkundigte ich mich in der Sprechstunde von Heiner Treinen, damals in der Theresienstraße 5, über das Studienfach Soziologie in München und erhielt als Lektüreempfehlung: Talcott Parsons, *The Structure of Social*

Action. Und wenig später von Lepsius eine weitere Empfehlung: Robert Merton, *Social Theory and Social Structure*. Doch diese Aufzählung wäre nicht vollständig ohne die Erwähnung von: Max Weber, *Soziologie, weltgeschichtliche Analysen, Politik*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Stuttgart 1956. Winckelmann brachte 1960 sein Max-Weber-Archiv in das aufstrebende Soziologische Institut ein und lehrte als Honorarprofessor.

München war damals Treffpunkt vieler angehender Soziologen. So lernte ich Wolfgang Schluchter oder Ulrich Övermann im berühmten Proseminar von Lepsius kennen, Freitagabends von 18 bis 20 Uhr im kleinen physikalischen Hörsaal. Lepsius empfahl mich Rudolf Wildenmann als studentische Hilfskraft für die 1961er Kölner Wahlstudie. Rudolf Wildenmann war damals Assistent von Ferdinand Hermens in Köln und bereitete mit Erwin K. Scheuch die Wahlstudie vor, die von Ferdinand Hermens und René König als ihren Ordinarien beantragt und von der DFG genehmigt worden war. So war ich zur Bundestagswahl am 17. September 1961 zum ersten Mal wahlberechtigt und schon „professioneller“ Wahlkampfbeobachter. Man war am Wahlkreis München-Land als einem der Hochburgen der Bayernpartei interessiert, genauso wie am Wahlkreis Heilbronn als früherer Hochburg der FDP. Dessen Wahlbeobachter traf ich beim ersten Projekttreffen in Köln; es war Hans-Dieter Klingemann. Ich war in der Gruppe der jüngste, alle anderen Mitarbeiter waren frisch diplomiert.

Köln war damals unter den Studienorten der Soziologie die Hochburg der empirischen Sozialforschung. Die von René König herausgegebenen Bände *Praktische Sozialforschung I* (Das Interview, unter Mitarbeit von Dietrich Rüschemeyer und Erwin K. Scheuch, 2. Auflage 1957) und *II* (Beobachtung und Experiment, unter Mitarbeit von Peter R. Heintz und Erwin K. Scheuch, 1956) waren mit die ersten deutschsprachigen Einleitungen in die Methoden der empirischen Sozialforschung. Diesen Bänden folgte 1962 Band I des Handbuchs der empirischen Sozialforschung. Ich hatte mich vom Beginn meines Soziologiestudiums für Methoden der empirischen Sozialforschung interessiert und nach dem ersten Fachsemester gleich ein Praktikum bei Infratest in München absolviert. Die Mitarbeit an der Kölner Wahlstudie 1961 bedeutete also eine große Chance, die es zu nutzen galt. Zur Vorbereitung las ich: B. Berelson, P. Lazarsfeld und W. McPhee, *Voting* (Chicago 1954). Damals war auch gerade „*The American Voter*“ von A. Campbell, Ph. Converse, W. Miller und D. Stokes erschienen, im Vergleich zu „*Voting*“ ein langweiliges Buch, wie es mir damals erschien.

Mit der Kölner Wahlstudie waren wichtige Weichen für meine spätere Dissertation gestellt. Es sollte eine empirische Arbeit unter Verwendung der 1961er Wahlumfragen werden. Meine Münchener Professoren wollten zwar nicht so recht an die Möglichkeit von Sekundäranalysen glauben. Erwin Scheuch bestärkte mich aber aus der Ferne, das Thema „Wahlverhalten und politische Kultur“ zu wählen. Er hatte mich auch auf das Buch von G. Almond und S. Verba „*The Civic Culture*“ (Princeton 1965) aufmerksam gemacht. Nach der Promotion in München nahm ich sehr gerne sein Angebot an, als wissenschaftlicher Assistent

an das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität Köln zu gehen.

Scheuch war nach der Übernahme des zweiten Soziologie-Lehrstuhls in Köln 1965 Mitdirektor des Zentralarchivs geworden, neben dem Gründungsdirektor Günter Schmölders, der von 1965 bis 1966 als Rector Magnificus amtierte. Scheuch kam mit vielen neuen Ideen von Harvard nach Köln, auch was die Nutzung von Umfragedaten für Sekundäranalysen betrifft. Mein Assistentenkollege Hans-Dieter Klingemann und ich, etwas später von Thomas Herz unterstützt, planten die Einführung von deutschen Fortbildungskursen in Methoden der empirischen Sozialforschung, zu denen Umfragen des Archivs für Sekundäranalysen genutzt werden sollten. Vorbild waren die Sommerkurse des Inter-university Consortiums for Political and Social Research an der University of Michigan. Anfang der 1970er Jahre konnten wir mit gesicherter Finanzierung starten.

1974 eröffneten sich neue Möglichkeiten in Mannheim. Rudolf Wildenmann war zusammen mit Kollegen die Einrichtung von ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen) als DFG-Hilfseinrichtung der Forschung in Mannheim gelungen. Dort waren wissenschaftliche Leiterstellen vorgesehen, deren Inhaber in Anlehnung an die damalige Professorenbesoldung nach H3 oder H4 bezahlt wurden. Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann, Erich Weede und ich waren die erste Generation auf diesen Stellen. Zu meinen Aufgaben gehörte die Entwicklung einer Konzeption und das Schreiben eines Antrags an die DFG für einen „General Social Survey“ für die Bundesrepublik, der von Karl-Ulrich Mayer 1980 „Allbus“ getauft wurde.

Insgesamt blieb ich nur knapp vier Jahre in Mannheim und folgte zum 1. Mai 1978 einem Ruf auf einen der zwei Soziologie-Lehrstühle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Die Umorientierung von einer Hilfseinrichtung der Forschung auf die sechs- bis achtstündige akademische Lehre während des Semesters war nicht leicht. Plötzlich musste man nicht nur Methodenveranstaltungen und Seminare zur politischen Soziologie anbieten, wie ich das als Assistent und später Privatdozent in Köln gemacht hatte, sondern Vorlesungen z.B. zur Sozialstruktur der deutschen Gesellschaft oder zur Einführung in soziologische Theorien – den traditionellen Titel „Allgemeine Soziologie“ mochte ich nicht, weil diese Veranstaltungen typischerweise zu begriffslastig ausfielen. Da die Lehramtsstudenten in Kiel die Wahl zwischen einem Philosophicum und einem Sociologicum hatten, war an Studenten kein Mangel. Gerade die mündlichen Lehramtsprüfungen nahmen pro Semester zwei bis drei Tage in Anspruch. Vorsitzender war jeweils ein vom Kultusministerium entsandter Schulrat; sie verstanden von der Fachprüfung natürlich weniger, dafür konnte man von ihnen Prüfen lernen. Damals waren auch die mündlichen Magisterprüfungen und Rigorosa bei der Promotion ausschließlich Kollegialprüfungen. Da man zu den Kollegen nicht in die Vorlesung geht und ihr Lehrangebot breiter ist als ihr Schrifttum, konnte man in diesen universitären Kollegialprüfungen viel lernen.

Und die Kollegialprüfungen dienten natürlich der Kollegenkontrolle und der Garantie einheitlicher Prüfungsstandards.

Soziologie und Politikwissenschaft waren in Kiel Teil der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Trotz dieses auf eine Gleichstellung hindeutenden Namens gab es aber eine Hackordnung mit den Volkswirten an der Spitze. Sie drückte sich in den Prüfungsordnungen aus. Der 1978 einzige Diplomstudiengang der Fakultät war das klassische VWL-Diplom mit fünf Hauptfächern, wobei das fünfte Fach für die „Nicht-Wirte“ vorgesehen war. Wer mit einer sozialwissenschaftlichen Dissertation den Dr. rer. pol. erwerben wollte, musste das VWL-Diplom haben. Die Hauptfachstudenten der Sozialwissenschaften wählten den Magister-Studiengang der philosophischen Fakultät. Dafür musste man allerdings das Latinum nachweisen. Deshalb lautete meine erste Frage in der Studienberatung für Fachinteressierte immer: „Waren Sie in der Schule besonders gut in Mathematik oder in Latein?“ Weder – noch war nicht vorgesehen.

Wegen der Nachfrage der VWL-Studenten weitete ich den Teil der Handlungs- und Entscheidungstheorie in meinen Veranstaltungen aus. Gleichzeitig fing ich an, mich mit analytischem Marxismus (z.B. John Roemer) zu beschäftigen, um den vielen Marx-Kennern unter den linken Studenten marxistische Wirtschaftstheorie jenseits der Arbeitswertlehre nahe zu bringen. Mit begrenztem Erfolg. Angesichts der vielen Fächerkombinationen im Magisterstudiengang war die Studentenschaft in den soziologischen Veranstaltungen sehr heterogen. Das machte sich vor allem in den Hauptseminaren und der Rekrutierung von geeigneten Doktoranden nachteilig bemerkbar. Rufe auf einen soziologischen Lehrstuhl an der Kölner WiSo-Fakultät und einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl der Sozialwissenschaftlichen Fakultät in Mannheim kamen mir deshalb gelegen. Ich entschied mich schließlich für Mannheim. Das neu gegründete Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) reizte mich. Aus meiner soziologischen Theorie-Vorlesung wurde „Theorien politischen Entscheidens“.

Das MZES war im Aufbau. Peter Flora versuchte als Gründungsdirektor mit der Denomination „Europäische Sozialforschung“ eine inhaltliche Ausrichtung der Grundlagenforschung im MZES auf europäische Fragen durchzusetzen, was mal mehr, mal weniger gut gelang. Unter Europäische Sozialforschung subsumierten wir sowohl komparative Forschung über europäische Gesellschaften und Staaten als auch europäische Integrationsforschung. Kritisch wurde es immer bei Neuberufungen an die Mannheimer Fakultät, wenn stark theoretisch ausgerichtete Kollegen nicht einsehen wollten, warum sie ihre gut begründete Forschungsfrage als Europaforschung drapieren sollten. Doch im Großen und Ganzen hat die Florasche Weichenstellung verhindert, dass das ressourcenreiche MZES von der Fakultät als Steinbruch für die Lehrstuhlforschung geplündert wurde. Und was das MZES für mich besonders attraktiv macht: Es stellt auch Emeriti noch seine Ressourcen für Forschungsprojekte zur

Verfügung, sozusagen „during good Behaviour“ (vgl. Article III, Section I der amerikanischen Verfassung).

3. Warum politisierte Sozialstruktur?

Zunächst zum Begriff. Ich habe ihn zuerst in meinen Vorlesungen zur politischen Soziologie verwendet. Was im Englischen vor allem in Anschluss an Lipset und Rokkan (1967) als *social cleavages* bezeichnet wird, wird im deutschen Schrifttum mit verschiedenen Begriffen belegt. Am einfachsten ist natürlich die Übernahme der englischen Bezeichnung wie hier im Beitrag 1. Eine ausführlichere Version dieses Lexikonartikels hieß früher „Konfliktlinien“. Andere Autoren wie z.B. Peter Flora (in Rokkan 2000) bevorzugen den Begriff Spaltungsstrukturen. Mit Marx gesprochen sind dies Begriffe auf der Ebene der „Klasse an sich“, weil die Spaltung zunächst nur auf sozialstrukturelle Gegebenheiten abzielt. Es fehlt der Bezug zur Politik, zur „Klasse für sich“. Mit dem Begriff „politisierte Sozialstruktur“ wird der Zusammenhang angesprochen zwischen gesellschaftlichen Spaltungen und Parteikonstellationen, der dadurch zustande kommt, dass wichtige soziale Gruppen dauerhafte Koalitionen mit politischen Parteien geschlossen haben. Somit kann nicht jede Tabelle, die einen Zusammenhang zwischen einem sozialstrukturellen Merkmal und dem Wählerverhalten nachweist, als Ausdruck einer Spaltungsstruktur gelten. Rein individuelles Interessenwählen schafft keine soziale Spaltung (siehe Beitrag 2).

Während die Koalitionsidee auf Rokkan zurückgeht, stammt von Lipset die Unterscheidung zwischen *class* und *status politics*. Spaltungsstrukturen beruhen nicht nur auf sozioökonomischen Gegensätzen, frei nach dem vulgärmarxistischen Motto: Wir wissen, Klasse ist die Antwort, aber was ist die Frage? Ich habe die Unterscheidung von Lipset zu Spaltungen verallgemeinert, die, frei nach Max Weber, entweder auf Vergesellschaftungen oder Vergemeinschaftungen zurückgehen. Diese Webersche Unterscheidung schafft Anknüpfungspunkte an viele Themen der Cleavage-Forschung wie individuell und kollektiv orientiertes Verhalten, überlappende Cleavages oder Klassenpolitik im ethnisch heterogenen Milieu bzw. in Einwanderergesellschaften.

Ein Grund für die Wahl des Themas „Politisierte Sozialstruktur und Wählerverhalten bei Bundestagswahlen“ für dieses Supplement der HSR ist: Cleavage-Forschung ist immer aktuell (vgl. z.B. Evans 2010). Die sozialwissenschaftliche Analyse einer konkreten Wahl ist nicht vollständig, wenn das Wahlverhalten sozialer Gruppen nicht behandelt wird. Wenn man sich einmal mit einer datengesättigten Analyse zum Thema geäußert hat, bekommt man bei den nächsten Wahlen häufig Angebote zur Fortsetzung solcher Analysen. Es ist kein Zufall, dass viele Beiträge in diesem Heft ursprünglich in den von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann herausgegebenen „Blauen Bänden“ zu den Bundestagswahlen seit 1980 erschienen sind. Ihre Vorläufer waren Schwerpunktheft der Politi-

schen Vierteljahresschrift im Juni 1973 (14. Jahrgang, Heft 2) und im November 1977 (18. Jahrgang, Heft 2/3).

Ein zweiter Grund für die Wahl des Themas ist der Einblick, den der geneigte Leser in die Themenkonjunktur der deutschen Wahlforschung erhält. Interessierte man sich in den 1970er Jahren für den „Genossen Trend“, die stetige Zunahme des SPD-Anteils bei Bundestagswahlen, galt es in den 1980er Jahren die Gründe für das Erstarken der Grünen zu erkunden und in den 1990er Jahren die Etablierung eines demokratischen Parteiensystems in Ostdeutschland. Gleichzeitig standen immer mehr Umfragedaten für die einzelnen Wahlen zur Verfügung, so dass die allmähliche Veränderung der politisierten Sozialstruktur im Generationenwandel untersuchbar wurde.

Ein dritter Grund für die Wahl des Themas ist schließlich die Vermutung, dass diese Aufsätze aus vier Jahrzehnten auf ein gewisses zeitgeschichtliches Interesse stoßen könnten. Jede Bundestagswahl findet in einem gewissen zeithistorischen Kontext statt und selbst wenn die Aufsätze ursprünglich nicht als Beiträge zur Zeitgeschichte geschrieben worden sind, können sie, im Vergleich gelesen, eine gewisse zeitgeschichtliche Neugierde befriedigen.

Nun zu den Beiträgen im Einzelnen. In „Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik“ habe ich zum ersten Mal eine Basistabelle veröffentlicht, die später vielfach fortgeschrieben wurde: die Wahlentscheidung der für die deutsche politisierte Sozialstruktur zentralen sozialen Gruppierungen (Berufsgruppen aufgegliedert nach Konfession) für alle Bundestagswahlen seit 1953, mit Ausnahme der von 1957, für die es im Zentralarchiv keine Wahlumfrage gab. Thema war, wie sich diese Gruppen in das Parteiensystem einfügen, das sich selbst durch den Eintritt der FDP in die Koalition mit der SPD 1969 geändert hatte (vgl. Abb. 5 und 6). Das Parteiensystem habe ich dabei aus der Sicht der Wähler rekonstruiert. Den „Genossen Trend“ konnte ich wie andere auch auf die politische Umorientierung der Beamten und Angestellten, die man damals auch als neuen Mittelstand bezeichnete, zurückführen.

Das war zunächst nur eine Dokumentation der Fakten, die die Frage nach dem warum der Umorientierung nicht beantworteten. Sollte die Hinwendung zur SPD einem erstarkten Arbeitnehmer-Bewusstsein im neuen Mittelstand zuzuschreiben sein oder waren andere Ursachen wichtiger? Dieser Frage gehe ich in „Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht“ (1977) nach. Ich arbeitete damals bei ZUMA an der Vorbereitung eines Antrags auf Finanzierung des Allbus und beschäftigte mich mit der Messung des Einstellungswandels in einer Bevölkerung über einen langen Zeitraum. Einem Vorschlag von Dudley Duncan folgend replizierte ich eine Einstellungsfrage zu Gewerkschaften und eine zur Ehescheidung aus der Reigrotzki-Untersuchung von 1953 im ZUMA-Bus 1976. Diese Einstellungen sollten als Vermittlungsmechanismus zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten im Zeitvergleich dienen. Meine Hypothese war, dass die politische Umorientierung des neuen Mittelstands mehr mit dem Einstellungswandel auf der konservativ-progressiven Achse des

Parteiensystems zusammenhängt als mit denen auf der sozio-ökonomischen Links-Rechts-Dimension. Dies konnte ich mit den damals neuen Methoden der log-linearen Tabellenanalyse auch nachweisen. Heute könnte man eine solche Analyse sicherlich eleganter durchführen.

Anfang der 1980er Jahre verlor das deutsche Dreiparteiensystem durch das Aufkommen der Grünen seine Stabilität, die es immerhin zwei Jahrzehnte bewahrt hatte. Die Erklärung des Wandels im Wählerverhalten war schnell gefunden: abnehmende Bedeutung der traditionellen Cleavages, insbesondere der Religion. Da schien es mir an der Zeit, „Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft“ einer empirischen Prüfung zu unterziehen (1985). Die Gelegenheit war günstig wegen des Religions-Schwerpunkts im Allbus 1982. Und eine Bearbeitung des Übergangs der konfessionellen Spaltung im Kaiserreich zur konfessionell-religiösen Konfliktlinie in der Nachkriegszeit schien lohnend. Dabei legte ich den Schwerpunkt auf die Vermittlungsmechanismen zwischen Religion und Wählerverhalten, unter denen vor allem bei Vergemeinschaftungen auch ausgesprochen soziale Mechanismen zählen, selbst wenn eine politische Konfliktlinie natürlich nicht politisch inhaltsleer weiterbestehen kann.

Die zweite Erklärung der Änderungen im Wählerverhalten wurde der generellen Abnahme der Erklärungskraft sozialstruktureller Variablen zugeschrieben. Diese These war vor allem bei Politikwissenschaftlern populär, die traditionell mit relativ kruden Indikatoren der Klassenstruktur arbeiteten. Es sei nur an den sog. Alford-Index erinnert, den Prozentpunktunterschied zwischen SPD wählenden manuell und nicht-manuell Tätigen. Hier galt es bereits als großer Fortschritt, die Selbständigen als dritte Berufsgruppe einzuführen, um überhaupt einen Bezug zum Klassenkonflikt herstellen zu können. In „Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel“ wird diese Berufsklassengliederung um Erwerbsklassen ergänzt und gezeigt, dass sich der Klassengegensatz im Wählerverhalten in der Nachkriegsgeneration abgeschwächt hat, weil Arbeiter weniger und Ausführende in Verwaltung, Handel und Dienstleistung sowie Fachkräfte mehr SPD bzw. generell linke Parteien wählen als die Vorkriegsgenerationen. Inzwischen hat sich das sog. Goldthorpe-Schema zur Klasseneinteilung durchgesetzt (Erikson und Goldthorpe 1992; Müller 1998).

Nachdem in den letzten beiden Artikeln die allgemeine Trägheit des Wählerverhaltens und seine „stille“ Veränderung in der Generationenfolge herausgearbeitet worden war, galt es das pro-aktive Element des politischen Wandels direkt zu untersuchen: die neuen sozialen Bewegungen. In einer Bewegung ist man nicht einfach Mitglied wie in einer Gewerkschaft oder einer Religionsgemeinschaft, deshalb musste zunächst eine Methode gefunden werden, die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen mit den Mitteln der Umfrageforschung zu identifizieren. Dies gelang mit der Paneluntersuchung zur Bundestagswahl 1987. Der Zusammenhang zwischen Bewegungsanhängern und Wahlabsicht für die Grünen war offensichtlich: vier Fünftel der Grün-Wähler waren Anhänger

nger der Anti-Kernkraft- oder der Friedens-Bewegung, bei einem Viertel bzw. einem Drittel der Anhänger in der Wählerschaft allgemein.

Mit der Wiedervereinigung 1990 stellte sich der Cleavage-Forschung die interessante Frage, was an traditionellen Cleavages in der ostdeutschen Wählerschaft nach 40 Jahren DDR überlebt hatte. Susumu Shikano und ich begannen mit der extremen Vorstellung, dass die politisierte Sozialstruktur analog zur Parteiidentifikation in den USA eine mittelfristig stabile Basis zur Bestimmung einer Normalwahl abgeben könnte, also eines Wahlergebnisses ohne kurzfristige Einflüsse. Für Westdeutschland in der langen Regierungszeit von Helmut Kohl gelang der Versuch wenig überraschend eher als für die kurze Periode von 1990 bis 1998 in Ostdeutschland. Dabei wurde für Ostdeutschland ein modifiziertes Standardmodell geschätzt, das einen starken CDU-Effekt der christlichen Kirchgänger allgemein nachwies und keinen signifikanten Gewerkschaftseffekt zugunsten der SPD.

Die politisierte Sozialstruktur bedarf des politischen Inputs in Form von aktuellen Politiken, die einen Bezug zu den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen aufweisen, sie kann aber auch Stabilität gewinnen durch rein soziale Mechanismen wie der Rekrutierung von Gesprächspartnern vornehmlich aus der eigenen sozialen Gruppe und nicht zufällig über die Bevölkerung verteilt. So sprach man früher nicht ohne Grund vom sozialdemokratischen Milieu. Die Abschwächung der SPD-Neigung von Arbeitern in der Generationenfolge könnte also mit der Abschwächung der politischen Wirkung dieser sozialen Mechanismen zu tun haben. Jens Brandenburg und ich werteten für den Aufsatz „Soziale Einflüsse auf die Klassenwahl im Generationen- und Periodenvergleich“ (2008) die Allbus-Erhebungen von 1980, 1990 und 2000 aus, die Fragen zu den ego-zentrierten Netzwerken der Befragten enthalten. Der Allbus ist für Wahlforscher insofern keine ideale Datenbasis, als der Zeitpunkt der Feldarbeit nie in Zeiten erhöhter politischer Mobilisierung kurz vor oder nach einer Bundestagswahl stattfindet, zu der der zeitliche Abstand außerdem noch stark schwankt. Die im Titel des Aufsatzes angekündigten Periodeneffekte sollen dafür kontrollieren. Wie wichtig Zeiten politischer Wahlkampf mobilisierung sind, zeigte sich bei einem Vergleich der drei Allbus-Erhebungen mit einer Wahlstudie von 1972. In politisch ruhigen Zeiten geht vom Arbeitermilieu, gemessen mit dem Anteil der Arbeiter im ego-zentrierten Netzwerk, kein Effekt zur SPD-Wahlabsicht aus, obwohl die sozialen Voraussetzungen in der Form klassenhomogener Verkehrskreise nach wie vor gegeben sind.

Ein echtes Mehrebenenmodell mit den Zeitpunkten der Allbus-Feldarbeit als oberer Ebene über den Individuen haben Jens Brandenburg und ich schließlich für den Aufsatz „Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland“ (2010) geschätzt. Wir verfolgten drei Ziele: Schätzung eines gesamtdeutschen Cleavage-Modells, Ergänzung der traditionellen Cleavage-Indikatoren um weitere Indikatoren sozialstruktureller Interessenlagen (soziale und kulturelle Dienstklasse, öffentlicher Dienst, Rentner und Pensionäre, Er-

fahrung mit Arbeitslosigkeit) und Analyse von Stabilität und Wandel der politisierten Sozialstruktur. Für ein gesamtdeutsches Modell muss man vor allem berücksichtigen, dass sich die Gewerkschaftsmitgliedschaft im Osten schwächer zugunsten der SPD auswirkt, wozu ein gesamtdeutscher negativer Effekt ab 2004 kommt, den wir den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder zuschreiben. Und für CDU/CSU zeichnet sich für die jüngsten Kohorten ein Abschwächung der Nähe zu den katholischen Kirchgängern ab. Außerdem bestätigt sich nicht zuletzt an der Nähe der sozialen und kulturellen Dienstklasse zu den Grünen, die zuerst Walter Müller (1998) herausgearbeitet hat, dass sozialstrukturell definierte Interessenlagen auch jenseits der traditionellen Cleavages das Wählerverhalten prägen können.

Aus dem in Beitrag 2 entwickelten Schema zur Cleavage-Analyse, insbesondere an Abb. 2, zeigen sich die Verbindungen zur sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse. Die Beziehungen zu anderen Personen, die sich mit egozentrierten Netzwerken in normalen Umfragen erfassen lassen, spielen auch in den Beiträgen 5, 7 und 9 als soziale Vermittlungs-Mechanismen zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten eine Rolle. Im nächsten Abschnitt soll die sozialwissenschaftliche Netzwerkanalyse als eigener Forschungsschwerpunkt auch ohne direkten Bezug zur politisierten Sozialstruktur vorgestellt werden.

4. Lokale Eliten und soziale Netzwerke

Als ich zum 1. Oktober 1964 als Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Institut für Soziologie in München eingestellt wurde, durfte ich meine ersten akademischen Lehrerfahrungen in dem soziologischen Proseminar am Freitagabend machen, das vorher M. Rainer Lepsius angeboten hatte. Gemeindeforschung war eines der Standardthemen und ich fand dabei das Thema „kommunale Machtstrukturen“ am spannendsten. Das Buch von Floyd Hunter über Atlanta (*Community Power Structure*, Chapel Hill 1953) und das von Robert Dahl über New Haven (*Who Governs? Democracy and Power in an American City*, New Haven 1961) gehörten zur Pflichtlektüre. Ein weiteres zentrales Thema war die soziale Schichtung in Gemeinden, angefangen von W. Lloyd Warners *Yankee City* (1947) über die Euskirchen-Studie von Renate Mayntz (1958) bis zu einer gerade erschienenen Untersuchung von Edward Laumann (1966). Nachdem mir mein erstes Drittmittelprojekt für eine Gemeindestudie als Assistent am Zentralarchiv im Frühjahr 1970 genehmigt worden war, wollte ich meine Teilnahme am Sommer-Kurs des ICPSR in Ann Arbor im selben Jahr nutzen, um Kontakt mit Laumann aufzunehmen. Am dortigen Sociological Department erfuhr ich, dass er schon nach Köln abgereist sei, um am Zentralarchiv sein Sabbatical auf Einladung von Scheuch zu verbringen. Scheuch hatte er als Doktorand in Harvard kennen gelernt. Nach meiner Rückkehr nach Köln begannen wir unsere Kooperation, die zur Altneu-

stadt-Studie führte. Mit der im Antrag noch gar nicht vorgesehenen Elitestudie erprobten wir die Brauchbarkeit der Netzwerkanalyse für die Beschreibung der Machtstruktur und die Erklärung des Ausgangs von kollektiven Entscheidungen (Laumann und Pappi 1973, 1976; Pappi 2010). Die Schichtstruktur von Altneustadt habe ich in meinem ersten Aufsatz analysiert, der in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie erschien (1973). Ich reichte das Manuskript kurz vor Weihnachten 1972 bei René König ein, der mir einige Tage später die Annahme mitteilte.

Ende der 1960er Jahre nahm die soziologische Netzwerkforschung einen gewaltigen Aufschwung. Die Zusammenarbeit des Mathematikers Frank Harary mit dem Leiter des Center for Group Dynamics am Institute for Social Research in Ann Arbor, Dorwin Cartwright, brachte den Durchbruch. Sie zeigten, wie man die mathematische Graphentheorie zur Analyse sozialer Netzwerke nutzen konnte (Harary et al. 1965). Edward Laumann hatte an ihrem Seminar nach seinem Wechsel von Harvard nach Michigan teilgenommen und empfahl mir das Buch als Vorbereitung für unsere Elitestudie. Wir legten Wert auf möglichst klar abgegrenzte Gesamtnetzwerke, um sinnvolle Pfaddistanzen zwischen den Eliteangehörigen in den einzelnen partiellen Netzwerken (Diskussion kommunalpolitischer Angelegenheiten, private Kontakte etc.) berechnen zu können. In Ergänzung zu dieser verbundeneitsorientierten Netzwerkanalyse entwickelte Harrison White mit seinen Mitarbeitern (White et al. 1976) die Blockmodellanalyse; dabei werden Personen, oder allgemein Netzwerkknoten, zu Positionen zusammengefasst, die strukturell äquivalente Beziehungen zu allen anderen im Netzwerk haben. Wenn dieser Ansatz später als „Harvard Breakthrough“ bezeichnet wurde (Raab 2010), wird sowohl die Vorreiterrolle von Harary und Cartwright als auch die gleichzeitige Konzeptualisierung von Positionen als Knoten mit strukturell ähnlichen Beziehungsmustern durch Ronald Burt in Chicago zu wenig gewürdigt. Interessanterweise benutzten sowohl Burt (1977) als Doktorand in Chicago als auch Ronald Breiger (1979) als Doktorand von Harrison White die Altneustadt-Daten, um ihren Ansatz zu testen.

In Deutschland schuf ein Sonderprogramm der DFG zur Förderung der empirischen Sozialforschung, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie finanziert wurde, die Gelegenheit zur Gründung einer Forschergruppe „Analyse sozialer Netzwerke“. Die Antragsteller Hubert Feger (Aachen, später Hamburg), Hans J. Hummel (Duisburg), Wolfgang Sodeur (Wuppertal), Rolf Ziegler (Wien, später München) und ich, damals bereits in Kiel, führten mit unseren Mitarbeitern Netzwerkstudien von Kleingruppen bis zu Unternehmensverflechtungen durch (vgl. Ziegler 2010). Mit meinen Kieler Mitarbeitern Peter Kappelhoff und Christian Melbeck untersuchten wir Veränderungen der lokalen Elite mit Altneustadt II und legten dabei Wert auf eine präzisere Erfassung der Organisationen und Führungspositionen in ihnen, die die Elitemitglieder einnahmen (vgl. Pappi und Melbeck 1984) und auf die Erklärung kommunalpolitischer Entscheidungen mit Hilfe eines Modell des

Tauschs von Einflussressourcen (Coleman 1973; Marsden 1981; Pappi und Kappelhoff 1984).

Mit unseren Netzwerk-Studien zu lokalen Machtstrukturen konnten wir die Theorien und Methoden empirisch testen, die wir ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dann zur Erklärung von nationalen und internationalen Politikentscheidungen einsetzten. Dabei konzipierten wir die Akteure nicht mehr als einflussreiche Personen wie in einer lokalen Elite, sondern als einflussreiche korporative Akteure wie Organisationen, Behörden und Fraktionen, die sich in einem Politikfeld gegenseitig in Rechnung stellen, wenn sie versuchen ihre Ziele zu erreichen. Edward Laumann und David Knoke (1987) analysierten mit diesem Ansatz die gesundheitspolitischen Entscheidungen in den USA; David Knoke und ich führten eine komparative Studie zum Politikfeld Arbeit in den USA und Deutschland durch, zu der später Jeffrey Broadbent und Yutaka Tsujinaka Japan als weiteren Fall hinzufügten (Knoke et al. 1996). Mit Thomas König und David Knoke schrieb ich eine deutschsprachige Monographie (Pappi et al. 1995), die sich auf den Vergleich der Bundesrepublik Deutschland mit den USA beschränkte, weil wir so die institutionellen Gemeinsamkeit und Unterschiede zwischen den beiden Staaten bei der Gemeinschaftswillensbildung im Politikfeld Arbeit und Soziales bzw. in den Labor Relations präziser auf den Begriff bringen konnten. Das Buch heißt im Untertitel „Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze“ und bringt damit die Grundidee zum Ausdruck, dass Politikentscheidungen in Gesetzesform von den Zugangsmöglichkeiten der Betroffenen zu den Entscheidern abhängen. Diese Zugangsmöglichkeiten sind eine zentrale Einflussressource, die wir mit den von Sender und Empfänger bestätigten Informationsflüssen erfassten.

Dieses Zugangsmodell ließ sich auch sehr gut auf das Herrschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft anwenden. Das kann man an einigen, zum Teil als Dissertationen bzw. als Habilitationsschrift entstandenen, Monographien nachprüfen, die seit Anfang der 1990er Jahre am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung entstanden sind (Schnorpfeil 1996; Henning 2000; Stoiber 2003; Thurner 2006; Thurner und Pappi 2009).

Das Zugangsmodell erklärt die Politikentscheidungen der demokratisch gewählten Herrschaftsträger, die ihrerseits im Interesse ihrer Wiederwahlchancen an ihre Wahlprogramme gebunden sind. Diese gilt natürlich nur insoweit, als Wähler ihre Entscheidung nach ihren eigenen Politikpräferenzen und den Politikangeboten der Parteien ausrichten. Dies ist das Thema der räumlichen Modelle der Parteienkonkurrenz.

5. Räumliche Modelle des Parteienwettbewerbs

Mein Lehrstuhlvorgänger Rudolf Wildenmann hat 1968 das Buch von Anthony Downs „Ökonomische Theorie der Demokratie“ in deutscher Übersetzung

herausgegeben. Downs eröffnete für mich als soziologischen Wahlforscher eine neue Perspektive: Wahlen zu verstehen als Ergebnis des Politikangebots der Parteien und der Politiknachfrage der Wähler. Ganz nach dem marktliberalen Prinzip der Konsumentensouveränität richten sich die Anbieter nach der Nachfrage mit dem Ziel, Wahlen zu gewinnen, und erfüllen ihre Wahlversprechen, um wiedergewählt zu werden. Allerdings leuchtete mir die Rückführung von Angebot und Nachfrage auf eine einzige Links-Rechts-Dimension nicht ein. Schließlich hatten wir in Deutschland eine FDP, die als liberale Marktpartei rechts von den Christdemokraten stand und in der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik eher in der Nähe der Sozialdemokraten. Und wenn man die Wähler selbst bat, die Parteien auf einer vorgegebenen Links-Rechts-Achse einzuordnen, wurde die FDP regelmäßig zwischen SPD und CDU/CSU platziert (Klingemann und Pappi 1972). Links von der SPD stuften die Befragten in einer Umfrage in Hessen Anfang der 1970er Jahre die DKP ein, was der traditionellen Vorstellung der linken Extremposition auf einer sozioökonomischen Links-Rechts-Skala entspricht, und rechts von der CDU wurde die NPD eingestuft, die keine markt-radikale Position vertrat, sondern ein Programm, das Lipset (1963) einmal als Radikalismus der Mitte bezeichnet hatte. Kurz gesagt: linksextrem stand gegen rechtsradikal auf einer libertär-autoritären Achse. Angesichts dieser Situation war von ideologischen Vereinfachungen abzuraten. Stattdessen empfahl sich ein Zurückgehen auf konkrete strittige Politikpositionen, wie Parteien sie in Wahlkämpfen vertreten, um Wähler mit entsprechenden Politikpräferenzen zu gewinnen. Derartigen Positionen standen viele meiner Ko-Wahlforscher, mit denen ich bisher zusammengearbeitet hatte, sehr skeptisch gegenüber.

Also suchte ich mir andere Verbündete und beantragte 1980 mit meinem Kieler Kollegen Werner Kaltefleiter eine Nachwahlstudie bei der DFG, in der wir eine Reihe dieser Positionen abfragten. Dabei kommt es nicht nur darauf an, die Einstellungen der Befragten, d.h. ihre Politikpräferenzen zu erheben, sondern auch die Wahrnehmungen, die die Befragten von den Positionen der Parteien haben. Die Bundestagswahl 1980 war die letzte des alten Dreiparteiensystems. Auf CDU/CSU, SPD und FDP entfielen 98 Prozent der gültigen Zweitstimmen, die zum ersten Mal antretenden Grünen erreichten gerade einmal 1,5 Prozent. Wir konnten uns also darauf beschränken, die Positionen der drei Bundestagsfraktionen zu erheben. Als Frageformat übernahmen wir die Vorgabe einer 7er Rating-Skala mit benannten Endpunkten, an denen die am weitesten voneinander entfernten Politikvorschläge zur Lösung des ausgewählten Problems ausformuliert werden (Pappi 1982). Dieses Format hat sich seither auch in deutschen Wahlstudien zur Erfassung von Positionen durchgesetzt. Es ermöglicht die Berechnung von Politikdistanzen der Befragten zu den Parteien und die Positionierung von Wählern und Parteien im selben Politikraum. Bevor wir auf diesem mächtigen Instrument der räumlichen Modelle des Parteienwettbewerbs spielen konnten, sollte noch einige Zeit vergehen.

Den ersten Schritt wies uns das Buch von Enelow und Hinich *The spatial theory of voting: An introduction* von 1984. Enelow und Hinich führen nicht nur in die Theorie ein, sondern zeigen auch, wie man die räumliche Theorie für Wahlen empirisch testen kann. Wir waren zunächst daran interessiert, aus den Politikdistanzen der Wähler zu den Parteien einen gemeinsamen Politikraum zu konstruieren, in dem Wähler und Parteien platziert sind. Das war dieselbe Fragestellung, die ich bereits in dem hier als Beitrag 3 abgedruckten Aufsatz von 1973 verfolgt hatte. Nur war jetzt die Datengrundlage eine ganz andere (vgl. z.B. Pappi et al. 2000). Die von Hinich als Methode vorgeschlagene Faktorenanalyse (vgl. Cahoon und Hinich 1976) zeigte sich beim praktischen Einsatz als wenig robust. Hinich besuchte uns in Kiel und später in Mannheim mehrere Male, um mit uns zusammen an diesem Problem zu arbeiten. Dabei testeten wir die Methode sowohl mit expliziten Politikdistanzen als auch globalen Parteibeurteilungen durch sog. Skalometerfragen. Für letztere löste Susumu Shikano (2002) das Problem unstabiler Schätzergebnisse schließlich durch die Wahl eines fixen, für alle Befragten gleichen Bezugspunkts bei der Beurteilung von Politikern und Parteien: des Nullpunkts der von -5 bis $+5$ der blichen deutschen Skalometerfragen. Bayesianische Schätzmethoden erlauben heute robuste Schätzungen sowohl der ideologischen Parteien- und Wählerkonfiguration als auch der davon als unabhängig postulierten Valenzwerte der Parteien bzw. Politiker (vgl. Shikano et al. 2014).

Für die räumliche Theorie der Parteienkonkurrenz sind aber die Distanzen der Wähler zu den Parteien bei den wichtigen Wahlkampfissues zentral, weil nur hier die Parteien sich strategisch positionieren können. Dazu bedarf es der Schätzung von Wählerfunktionen, die Auskunft darüber geben, wie wichtig die einzelnen Issues für die Wahlentscheidung sind. Hier wies uns die diskrete Entscheidungsanalyse den Weg, die Paul Thurner (1998) mit seiner Dissertation als Analyseinstrumentarium in die deutsche Wahlforschung eingeführt hat. Wir mussten umlernen, dass Wähler nicht nur von ihren Einstellungen zur Wahl bestimmte Parteien „geschoben“, sondern von den Attributen der Parteien beim Nutzenvergleich auch „gezogen“ werden. Auf einmal gab es generische Issue-Effekte, die einen Vergleich der Determinationskraft der verschiedenen Issues über die Optionen im Choice Set des Befragten, also meist die Parteien, hinweg erlaubte.

Ein dritter Schritt fehlte noch. Wie reagieren die Parteien auf die Verteilung der Politikpräferenzen der Wähler, wenn man ihnen bei Verhältniswahl Stimmenmaximierung oder bei Mehrheitswahl Maximierung der Wahlkreismandate unterstellt und welche Gleichgewichtspositionen resultieren aus diesen Motivationsannahmen? Hier wiesen uns die Arbeiten von Norman Schofield (2004, 2007) einen gangbaren Weg. Anna-Sophie Kurella und ich (2014) gehen davon aus, dass die Valenzwerte der Parteien im Wahlkampf als exogen behandelt werden können ebenso wie die ideologische Links-Rechts-Position von Wählern und Parteien kurzfristig nicht veränderbar ist. Mit diesen Annahmen lassen sich stabile Parteipositionen im Gleichgewicht bei den zentralen Wahlkampf-

fissues schätzen. Parteien mit hohen Valenzwerten, in Deutschland CDU und SPD, gehen in die Mitte des Issue-Raums, die kleinen Parteien an den Rand; sie können in der Mitte wegen ihrer niedrigen Valenzwerte nicht mit den großen Parteien konkurrieren.

6. Themenschwerpunkte und Einzelthemen

Das hergebrachte deutsche Lehrstuhlprinzip erlaubt keine zu starke Konzentration auf ganz wenige Themen, besonders in Fächern mit wenigen Lehrstühlen. Zumindest in der Lehre soll man sein Fach breit vertreten, breiter jedenfalls als man das in der Forschung kann. Außerdem artikulieren die Studierenden gerade in den Sozialwissenschaften immer wieder eine ganz konkrete Nachfrage nach bestimmten aktuellen Themen, der man aus der jeweiligen Fachperspektive nachkommen sollte. Meinen kurzen Ausflug in den analytischen Marxismus habe ich schon erwähnt. Beim Aktualitätsbezug hat es ein Politikwissenschaftler leichter als ein Soziologe. Das läuft oft darauf hinaus, allzu naive Vorstellungen der Studierenden von Politik zu korrigieren. Manchmal hilft da schon ein Blick ins Grundgesetz.

Als hilfreich aus fachlicher Perspektive erwies sich auch häufig die Koalitionstheorie. Nach jeder Parlamentswahl finden Koalitionsverhandlungen statt, sie führen je nach Land zu Mehrheits- oder Minderheitsregierungen. Welche Folge hat das für die Politikproduktion? Um solche Fragen zu beantworten benötigt man neben den Theorien Daten über die politischen Positionen der Parteien, die man z.B. aus ihren Wahlprogrammen gewinnen kann. Zu diesem Themenfeld, das ich mir erst als Politikwissenschaftler erarbeitet habe, konnte ich, vor allem auch in der Lehre, einiges beitragen (vgl. z.B. Pappi 2004; Pappi und Seher 2014).

Eine Nachfrage wird von den Studierenden seltener artikuliert und das ist die Nachfrage nach Methoden der empirischen Sozialforschung und Statistik. In meiner Studenten- und Assistentenzeit waren Methoden in der Soziologie fester Bestandteil des Ausbildungsprogramms, wobei man nicht groß zwischen quantitativ und qualitativ unterschied. In dieser Zeit habe ich noch den einen oder anderen Methodenaufsatz geschrieben (vgl. z.B. Harder und Pappi 1969; Pappi 1977). Ich verstand mich aber immer als Methodenanwender. Dabei brachten gerade für die Wahlforschung zunächst die log-lineare Tabellenanalyse und dann die diskrete Entscheidungsanalyse große Fortschritte. Im Zuge meiner Zusammenarbeit mit Edward Laumann war ich in den 1970er Jahren öfter *visiting scholar* am Department of Sociology der University of Chicago und lernte dort Leo Goodman kennen, den entscheidenden Wegbereiter der log-linearen Tabellenanalyse in der Soziologie. Die Folgen dieser Begegnung kann man an den Beiträgen 4, 5 und 6 ablesen.

Ich kann nur hoffen, dass der geneigte Leser nicht nur bereit ist, mit mir den Gang durch die Zeitgeschichte anzutreten, sondern auch den durch die Methodengeschichte.

References

- Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1965. *The Civic Culture*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld, und William McPhee. 1954. *Voting*. Chicago und London: University of Chicago Press.
- Breiger, Ronald L. 1979. Toward an operational theory of community elite structures. *Quality and Quantity* 13: 21-57.
- Burt, Ronald S. 1977. Positions in multiple network systems, part two: Stratification and prestige among elite decision-makers in the community of Altnestadt. *Social Forces* 56: 551-75.
- Cahoon, L., und M. J. Hinich. 1976. A Method for Locating Targets Using Range Only. *IEEE Trans. on Information Theory, IT* 22 (2): 217-25
- Campbell, Angus, Phillip E. Converse, Warren E. Miller, und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Coleman, James S. 1973. *The Mathematics of Collective Action*. London: Heinemann Educational Books.
- Dahl, Robert A. 1961. *Who governs? Democracy and Power in an American City*. New Haven und London: Yale University Press.
- Downs, Anthony. 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Enelow, James M., und Melvin H. Hinich. 1984. *The Spatial Theory of Voting: An Introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Erikson, Robert S., und John H. Goldthorpe. 1992. *The constant flux: A study of class mobility in industrial society*. Oxford: Clarendon.
- Evans, Geoffrey. 2010. Models, measures, and mechanisms: An agenda for progress in cleavage research. *West European Politics* 33: 634-47.
- Forsthoﬀ, Ernst. 1959. Die Umbildung des Verfassungsgesetzes. In *Festschrift für Carl Schmitt*, hg. v. Hans Barion, Ernst Forsthoﬀ und Werner Weber, 35-62. Berlin: Duncker und Humblot.
- Harary, Frank, Robert Z. Norman, und Dorwin Cartwright. 1965. *Structural models: An introduction to the theory of directed graphs*. New York: Wiley.
- Henning, Christian H. C. A. 2000. *Macht und Tausch in der europäischen Agrarpolitik: Eine positive politische Theorie kollektiver Entscheidungen*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Hunter, Floyd. 1953. *Community Power Structure*. New York: Doubleday.
- Klingemann, Hans-Dieter, und Franz Urban Pappi. 1972. *Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen*. München: Oldenbourg.

- Knoke, David, Franz Urban Pappi, Jeffrey Broadbent, Yutaka Tsujinaka. 1996. *Comparing Policy Networks. Labor Politics in the U.S., Germany, and Japan*. Cambridge: Cambridge University Press.
- König, René. 1956. *Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung*. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft.
- König, René, Hrsg. 1957. *Das Interview: Formen, Technik, Auswertung*, 2. Aufl. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft.
- König, René, Hrsg. 1962. *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 1. Stuttgart: F. Enke.
- Laumann, Edward O. 1966. *Prestige and association in an urban community*. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Laumann, Edward O., und David Knoke. 1987. *The Organizational Slate: Social Choice in National Policy Domains*. Madison: University of Wisconsin Press.
- Laumann, Edward O., und Franz Urban Pappi. 1973. New directions in the study of community elites. *American Sociological Review* 38: 212-30.
- Laumann, Edward O., und Franz Urban Pappi. 1976. *Networks of Collective Action. A Perspective on Community Influence Systems*. New York: Academic Press.
- Lipset, Seymour M. 1963. *Political Man*. Garden City, NY: Doubleday (Anchor Books).
- Marsden, Peter V. 1981. Introducing influence processes into a system of collective decisions. *American Journal of Sociology* 86: 1203-35.
- Mayntz, Renate. 1958. *Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde*. Stuttgart: Enke.
- Merton, Robert K. 1957. *Social Theory and Social Structure*, 2. Aufl. Glencoe, IL: The Free Press.
- Müller, Walter. 1998. Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 3-46.
- Pappi, Franz Urban. 1973. Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 25: 23-74.
- Pappi, Franz Urban. 1977. Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 195-229.
- Pappi, Franz Urban. 1982. Die politischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland: Zum Legitimitätseinverständnis der Bevölkerung. *Ausserschulische Bildung* (3): B72-B79.
- Pappi, Franz Urban. 2004. Koalitionstheoretische Kriterien zur Beurteilung der Regierungsbildung in den Ländern der Europäischen Union. In *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg*, hg. v. André Kaiser und Thomas Zittel, 155-72. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pappi, Franz Urban. 2010. Netzwerkansätze in der Elitenforschung. In *Handbuch Netzwerkforschung*, hg. v. Christian Stegbauer und Roger Häußling, 581-93. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pappi, Franz Urban, und Theodor Harder. 1969. Multiple-level regression analysis of survey and ecological data. *Social Science Information* 8: 43-67.
- Pappi, Franz Urban, und Peter Kappelhoff. 1984. Abhängigkeit, Tausch und kollektive Entscheidung in einer Gemeindeelite. *Zeitschrift für Soziologie* 13: 87-117.

- Pappi, Franz Urban, Thomas König, und David Knoke. 1995. *Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Pappi, Franz Urban, und Anna-Sophie Kurella. 2014. Combining ideological and policy distances for a model of party competition in Germany 2009. *Journal of Theoretical Politics* 27 (1): 86-107.
- Pappi, Franz Urban, und Christian Melbeck. 1984. Das Machtpotential von Organisationen in der Gemeindepolitik. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 36: 557-84.
- Pappi, Franz Urban, und Nicole Seher. 2014. Die Politikpositionen der deutschen Landtagsparteien und ihr Einfluss auf die Koalitionsbildung. In *Räumliche Modelle der Politik*, hg. v. Eric Linhart, Bernhard Kittel und André Bächtiger, 171-205. Wiesbaden: Springer VS.
- Parsons, Talcott. 1949. *The Structure of Social Action*. Glencoe, IL: Free Press.
- Raab, Jörg. 2010. Der „Harvard Breakthrough“. In *Handbuch Netzwerkforschung*, hg. v. Christian Stegbauer und Roger Häußling, 29-37. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Radbruch, Gustav. 1947. *Vorschule der Rechtsphilosophie: Nachschrift einer Vorlesung*. Willsbach: Scherer.
- Roemer, John E. 1986. *Value, exploitation, and class*. Chur: Harwood.
- Rokkan, Stein. 2000: *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schmitt, Carl. 1928. *Verfassungslehre*. München und Leipzig: Duncker und Humblot.
- Schnorpfel, Willi. 1996. *Sozialpolitische Entscheidungen der Europäischen Union: Modellierung und empirische Analyse kollektiver Entscheidungen des europäischen Verhandlungssystems*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Schofield, Norman. 2004. Equilibrium in the spatial valence model of politics. *Journal of Theoretical Politics* 16: 447-81.
- Schofield, Norman. 2007. The Mean Voter Theorem: Necessary and Sufficient Conditions for Convergent Equilibrium. *Review of Economic Studies* 74: 965-80.
- Shikano, Susumu. 2002. *Die soziale Konstruktion politischer Wirklichkeit: zur kollektiven Deutung der Bundestagswahl 1998 durch Medien und Bürger*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Shikano, Susumu, Simon Munzert, Thomas Schübel, Michael Herrmann, und Peter Selb. 2014. Eine empirische Schätzmethode für Valenz-Issues auf der Basis der Kandidatenbeurteilung am Beispiel der Konstanzer Oberbürgermeisterwahl 2012. In *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie, Band 8: Räumliche Modelle der Politik*, hg. v. Eric Linhart, Bernhard Kittel und André Bächtiger, 113-31. Wiesbaden: Springer VS.
- Stoiber, Michael. 2003. *Die nationale Vorbereitung auf EU-Regierungskonferenzen*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Turner, Paul W. 1998. *Wählen als rationale Entscheidung. Die Modellierung von Politikreaktionen im Mehrparteiensystem*. München: Oldenbourg.
- Turner, Paul W. 2006. *Die graduelle Konstitutionalisierung der Europäischen Union*. Tübingen: Mohr Siebeck.

- Turner, Paul W., und Franz Urban Pappi. 2009. *European Union Intergovernmental Conferences. Domestic preference formation, transgovernmental networks and the dynamics of compromise*. London und New York: Routledge.
- Warner, William Lloyd. 1947. *Yankee City*. New Haven: Yale University Press.
- Warner, William Lloyd, und Paul S. Lunt. 1947. *The status system of a modern community*. New Haven: Yale University Press.
- Weber, Alfred, Hrsg. 1955. *Einführung in die Soziologie*. München: Piper.
- Weber, Max. 1956. *Soziologie, weltgeschichtliche Analysen, Politik*. Stuttgart: Kröner.
- White, Harrison C., Scott A. Boorman, und Ronald L. Breiger. 1976. Social structure from multiple networks. I. Blockmodels of roles and positions. *American Journal of Sociology* 81: 730-80.
- Ziegler, Rolf. 2010. Deutschsprachige Netzwerkforschung. In *Handbuch Netzwerkforschung*, hg. v. Christian Siegbauer und Roger Häußling, 39-53. Wiesbaden: VS Verlag.